SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Rußland im Europarat: Politische Bilanz des ersten Jahres

Mögel, Nicola A.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mögel, N. A. (1997). *Rußland im Europarat: Politische Bilanz des ersten Jahres.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 31/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47010

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Nr. 31/1997 1. Juli 1997

Rußland im Europarat

Politische Bilanz des ersten Jahres

Zusammenfassung
Am 28. Februar 1996 wurde die Russische Föderation feierlich als 39. Mitgliedstaat in den Europarat aufgenommen. Die in Straßburg ansässige Institution, die nicht mit der Europäischen Union verwechselt werden sollte, ist ein zwischenstaatliches Gremium der meisten Länder Europas. Die Russische Föderation wurde aufgenommen, obwohl sie die demokratischen Grundsätze des Europarats nur bedingt erfüllen konnte. Die Organe des Rats, zu denen auch die Parlamentarische Versammlung gehört – in der die russische Delegation vertreten ist –, begleiten den demokratischen Entwicklungsprozeß in Rußland und versuchen, ihn positiv zu beeinflussen. Die Zusammensetzung und das Verhalten der russischen Delegation im ersten Jahr der Mitgliedschaft Rußlands im Europarat stehen im Mittelpunkt dieser Analyse.

Der Europarat – eine kurze Skizze

Der am 5. Mai 1949 gegründete Europarat geht auf die Initiative von zehn westeuropäischen Staaten zurück. Er hat die Verbesserung der politischen, sozialen, rechtlichen und kulturellen Zusammenarbeit in Europa wie auch die Verteidigung der Menschenrechte zum Ziel. Während der Europarat in den ersten vier Jahrzehnten vor allem ein westeuropäisches Gremium bildete, entwickelte er sich nach der Öffnung der Grenzen zu einer gesamteuropäischen Institution. Seit 1989 wuchs die Zahl der Mitgliedstaaten von 23 auf – nach der Aufnahme Kroatiens im November 1996 – derzeit 40 Staaten mit mehr als 770 Mio. Bürgern. Nach Rußland haben weitere Staaten der ehemaligen Sowjetunion wie Armenien, Azerbajdžan, Belarus und Georgien ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet. Sie verfügen mit Ausnahme von Belarus, dem dieser Status zu Jahresbeginn wieder aberkannt wurde, über eine Sondergaststatus in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.[1]

Durch seinen zunehmend paneuropäischen Charakter wurde der Europarat in den vergangenen Jahren als internationale Organisation politisch gestärkt. Die Mitgliedschaft im Europarat wird von vielen osteuropäischen Staaten als Vorstufe zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union gewertet. Im Europarat beginnt der Prozeß der Angleichung des nationalen Rechts an europäische Rechtsnormen. Die Arbeit des Europarats basiert auf 160 multilateralen Abkommen. In ihrem Zentrum stehen die 1950 verabschiedete Europäische Menschenrechtskonvention und die Europäische Sozialcharta von 1961.

[1] Vgl. Conseil de l'Europe: Der Europarat, Straßburg 1996, und auch: W. Woyke: Europäische Organisationen, München/Wien 1995, S. 120-130.

Alle Mitgliedstaaten sind entsprechend der Satzung des Europarats als demokratische Staaten der Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte, dem Rechtsstaatsprinzip und der Verteidigung eines gemeinsamen Kulturerbes verpflichtet. Für die neuen Demokratien in Osteuropa wurden Kooperations- und Hilfsprogramme erarbeitet, um diese Prinzipien zu festigen. Organisatorisch besteht der Europarat aus dem die Entscheidungsfunktionen wahrnehmenden *Ministerkomitee*, das sich aus den 40 Außenministern der Mitgliedstaaten zusammensetzt, und aus der 286 Abgeordnete umfassenden *Parlamentarischen Versammlung*, die von den nationalen Parlamenten gemäß dem dort bestehenden Mehrheitsverhältnis entsandt werden. Der Europarat verfügte 1996 über einen Haushalt von ca. 350 Mio. DM (1,2 Mrd. FF).

Die Schwierigkeiten bei der Aufnahme Rußlands in den Europarat

Die Aufnahme der Russische Föderation unterschied sich besonders durch seine lange Dauer von den Aufnahmeprozessen früherer Mitgliedstaaten. Die rechtliche Situation dort und besonders die Kontrolle der mit der Aufnahme in den Europarat einzugehenden Rechtsverpflichtungen Rußlands gaben zu zahlreichen und leidenschaftlichen Diskussionen in der Parlamentarischen Versammlung Anlaß.[2] Außerdem erwartete den Europarat mit der Russischen Föderation ein Mitgliedstaat von bislang nicht gekannten geographischen Ausmaßen, dessen Gebiet bis weit in den asiatischen Raum hineinreicht. Der Aufnahmeprozeß von Mai 1992 bis Februar 1996 wurde aufgrund des Konflikts in Tschetschenien von Februar 1995 bis September 1995 ausgesetzt. Bis zur Unterbrechung – in der ersten Prozeßphase – stand die gegensätzliche Beurteilung der demokratischen Durchführung der Dumawahlen im Dezember 1993 im Mittelpunkt der Diskussion, während die zweite Phase durch die Verschlechterung der Menschenrechtslage infolge des Konflikts in Tschetschenien bestimmt wurde. Sowohl die Befürworter als auch die Gegner der Aufnahme Rußlands kritisierten die mangelnde Rechtsordnung bzw. das mangelnde Rechtsgefühl in Rußland.[3] Die Befürworter, zu denen die beiden Berichterstatter Ernst Mühlemann (FDP/CH) und Rudolf Bindig (SPD/D) gehörten, betonten die Notwendigkeit der Integration Rußlands in die europäische Staatengemeinschaft. Durch Kooperationsprogramme erwarteten sie, einen politisch-pädagogischen Prozeß in Gang zu setzen, um die Entwicklung der russischen Demokratie zu stärken.[4] Die Gegner der Aufnahme sahen die demokratischen Aufnahmekriterien durch Rußland nicht erfüllt und befürchteten, daß der Europarat seine Glaubwürdigkeit als Organisation zur Verteidigung der Menschenrechte aufs Spiel setzte.

Die Abstimmung am 24. Januar 1996, die der längsten Debatte in der Geschichte der Parlamentarischen Versammlung mit mehr als 90 Wortmeldungen folgte, war bis zuletzt offen. Sie wurde mit 164 zu 35 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) für die Aufnahme Rußlands entschieden. Rußland akzeptierte im Gegenzug 25 Verpflichtungen zur rechtsstaatlichen Verbesserung der Gesetzgebung.[5] Als Jahresbeitrag überwies die Russische Föderation im Anschluß an die Aufnahme 31 Mio. FF an den Europarat.[6] Im Gegenzug kann sie für die Jahre 1996 und 1997 im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme des Europarats und der Europäischen Gemeinschaft Mittel in Höhe von 1,2 Mio. ECU erhalten. Dabei entfallen 580.000 ECU auf das EU-Förderprogramm TACIS und 621.750 ECU auf den Europarat.[7] Es handelt sich um Programme zur Verbesserung der Funktionsweise föderaler Strukturen, loka-

2 Vgl.: D. Chatzivassiliou, L'adhésion de la Russie au Conseil de l'Europe, Manuskript (geplante Veröffentlichung im Sommer 1997 an der Rechtsfakultät der Universität Grenoble), Strasbourg 1997.

3 Parliamentary Assembly/Council of Europe: Official Reports of Debates, Strasbourg 1996, S. 218.

4 Ernst Mühlemann: "Mit der Aufnahme Russlands leiten wir einen politisch-pädagogischen Prozess ein", in: Europa - die europäische zeitschrift für die schweiz, Nr. 2/Mai 1996, S. 14.

5 Parliamentary Assembly/Council of Europe: Opinion No. 193 (1996) on Russia's request for membership of the Council of Europe, 25.1.1996.

6 G. Vedovato, L'Europe élargie 1989-1996. La Russie 39eme membre du Conseil de l'Europe, in: Rivista di Studi Politici Internazionali, Nr. 2/1996, S. 287.

7 Joint programme between the Commission of the European Communities and the Council of Europe for strengthening of the federal structure, introduction of human rights protection mechanisms and legal system reform in the Russian Federation, in: Parliamentary Assembly/Council of Europe: Addenda to the Report on Russia's request for membership of the Council of Europe, Doc. 7443, 2.1.1996, S. 42.

ler Verwaltungen und Parlamente, zur Förderung von Menschenrechtsinstitutionen, der Ausbildung in der Justiz, der Annäherung der Rechtsinstrumente an die Europäische Menschenrechtskonvention und Programme zur Gefängnisreform und Verbrechensprävention.

Zusammensetzung der russischen Delegation

Seit der Woche vom 22. bis 26. April 1996, der zweiten Sitzungswoche der Parlamentarischen Versammlung 1996, nimmt die 18köpfige russische Delegation, der 18 Stellvertreter zur Seite stehen, an den Sitzungen teil. Die Abgeordneten werden von den beiden Kammern der Föderalen Versammlung entsandt. Die Delegation ist nach den Mehrheitsverhältnissen des nationalen Parlaments zusammengesetzt. Die Gebietsgouverneure, die die Mitglieder des Föderationsrats stellen, gehören in der Mehrheit keiner Partei an, während in der *Duma* die kommunistische Partei (KPRF) die meisten Sitze innehat. Die stärkste Partei in der russischen Delegation ist dementsprechend die KPRF mit sechs Abgeordneten. Je vier Abgeordnete werden von der Liberaldemokratischen Partei (LDPR) und "Unser Haus Rußland" (NDR/*Naš Dom Rossii*), drei Abgeordnete von *Jabloko*, je zwei von der Volksmacht *(Narodovlastie)*, der Agrarpartei und den Regionen Rußlands gestellt. Ein Parlamentarier ist unabhängig und 12 gehören keiner Partei an (vgl. Tabelle). Insgesamt sieben russische Delegationsmitglieder leiten ein Komitee in der *Duma* bzw. im Föderationsrat.[8] Die russischen Abgeordneten sind häufig außen- und sicherheitspolitisch orientiert.[9] Hochrangige Außen- und Sicherheitspolitiker sind Aleksandr Rjabov, der Vorsitzende des Komitees des Föderationsrats für Sicherheits- und Verteidigungsfragen, und Vladimir Lukin als Vorsitzender des *Duma*-Komitees für außenpolitische Fragen.

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarats können sich die Abgeordneten einer der fünf bestehenden politischen Gruppen (Fraktionen) anschließen. Die meisten russischen Abgeordneten, darunter alle Mitglieder der KPRF, gehören der Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL) an. Sie stellen knapp ein Drittel der UEL. Zu ihren prominentesten Mitgliedern zählt der Kommunist Gennadij Zjuganov. Genauso viele russische Abgeordnete wie in der UEL – insgesamt 11 – sind fraktionslos. Unter ihnen sind Vladimir Žirinovskij, der Parteichef der LDPR, und sein Stellvertreter, Stanislav Žebrovskij. Auch der als nationalistisch geltende russische Politiker Aleksandr Ruckoj gehört keiner Fraktion an. Sergej Kovalev, der durch den Tschetschenienkonflikt bekannt gewordene russische Menschenrechtler, und Vladimir Lukin, der Mitbegründer der russischen Partei Jabloko, gehören zu den fünf russischen Delegierten, die sich der liberalen, demokratischen Reformergruppe (LDR) angeschlossen haben. Lukin war bis zu seiner Ablösung durch Aleksandr Dzasochov im April 1997 Leiter der russischen Delegation. Der Abwahl gingen scharfe Debatten innerhalb der Delegation voraus, bei denen Lukin ein opportunistisches Verhalten vorgeworfen wurde. In der Gruppe der Europäischen Volkspartei (EPP/CD), die vier russische Mitglieder hat, erreichte Sergej Beljaev als Fraktionschef der Regierungspartei NDR und früherer Leiter des russischen Privatisierungskomitees (GKI) eine größere Bekanntheit. Auch in den anderen politischen Gruppen sind russische Delegierte vertreten.

Verhalten der russischen Delegation

Die russische Delegation ist seit Beginn ihrer Arbeit in der Parlamentarischen Versammlung gemäß Protokoll immer vollzählig zu den Sitzungswochen nach Straßburg gekommen. Im Rahmen der Parlamentsarbeit sind die russischen Abgeordneten in den 13 Ausschüssen der Versammlung vertreten. Dem Ausschuß für Recht und Menschenrechte, der seit der Aufnahme Rußlands für die Überwa-

8 In der *Duma* leiten Lukin, Masljukov und Mel'nikov ein Komitee und im Föderationsrat Bogomolov, Lichačev, Rjabov und Sudarenkov.

9 Mitglied im Komitee für internationale Angelegenheiten des Föderationsrats sind die Delegierten Prusak, Malcev und Ustjugov. Aušev ist Mitglied im Komitee für Sicherheits- und Verteidigungsfragen des Föderationsrats. Filimonov gehört dem Duma-Komitee für Sicherheitsfragen an. Masljukov ist Vorsitzender des Duma-Komitees für Wirtschaftspolitik und war in der UdSSR Vorsitzender der Militärisch-Industriellen-Komission.

chung der Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen (Monitoring) zuständig war, gehörten bis zur Umstrukturierung im April 1997 drei russische Mitglieder an.[10] Bei den meisten Ausschußtreffen, die unter anderem in Paris, Helsinki und Kiew stattgefunden haben, waren sie teilweise anwesend. Mit dem stellvertretenden KPRF-Chef Mel'nikov stellt die russische Delegation den Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie.

In der Parlamentarischen Versammlung beteiligten sich die russischen Delegierten bislang besonders in den Debatten, die in einem direkten Zusammenhang mit der Russischen Föderation standen. Dazu gehörten die Debatten um den Tschetschenienkonflikt, die Maßnahmen für ehemalige kommunistische Staaten und die Berichte über die baltischen Länder. Während sich die meisten russischen Abgeordneten in den vergangenen Sitzungswochen höchstens einmal zu Wort meldeten, haben die Abgeordneten Desjatnikov, Dzachosov, Fedorov, Glotov, Kovalev, Lukin, Lichačev und Žirinovskij mehrere Redebeiträge geleistet. Im April 1996 wurde in einer Resolution zum Tschetschenienkonflikt die Gewaltanwendung auf beiden Seiten auf das Schärfste verurteilt. Der Resolution folgte die Einrichtung einer *ad-hoc-Kommission*, um zur Befriedung der Lage in Tschetschenien direkt beizutragen. In der Debatte über die Resolution meldeten sich mit Glotov, Kovalev, Kupcov, Lukin und Mel'nikov fünf russische Abgeordnete zu Wort. Das war die bislang stärkste Diskussionsbeteiligung von russischer Seite. Die russischen Redner begrüßten die Resolution. Den Bericht zur weiterhin durchgeführten Todesstrafe in der Russischen Föderation im Juni 1996 kommentierte hingegen nur Kovalev öffentlich. Der zweite Todesstrafen-Bericht im Januar 1997 hielt für 1996 53 Exekutionen fest, was den von Rußland eingegangenen Verpflichtungen widerspricht. In der anschließenden Debatte verlangten russische Redner eine mildere Beurteilung angesichts der drastisch zunehmenden Kriminalität in Rußland. Die Parlamentarische Versammlung entschied jedoch, Rußland eine Jahresfrist zur Änderung der Rechtsgrundlage zu gewähren, und drohte mit dem Ausschluß Rußlands. Mühlemann mahnte in diesem Zusammenhang den Handlungsbedarf des Europarats an, der sich über die Todesstrafe hinaus auf die von der russischen "Businessman-Gesellschaft" bedrohte Pressefreiheit erstrecken müsse.[11]

Bei einigen Debatten in der Parlamentarischen Versammlung beteiligten sich keine russischen Delegierten, obwohl deren Themen zum Teil im Zusammenhang mit der russischen Politik standen. So äußerte sich kein russischer Abgeordneter bei den Diskussionen zu den Folgen des Tschernobyl-Unglücks, über das Budget für 1997 und zur Sozialpolitik und Arbeitslosigkeit in Europa. In den Debatten trugen die meisten russischen Wortmeldungen konstruktiv zum Fortgang der jeweiligen Diskussion bei. Redebeiträge, die aufgrund ihres Gegenstands die Intervention der Präsidentin hervorriefen, stammten in der überwiegenden Mehrzahl von Žirinovskij. Außerhalb der Parlamentsarbeit initiierten einzelne Abgeordnete sog. "Schriftliche Erklärungen". Die jüngste Erklärung mit einer breiten russischen Unterstützung datiert vom 24. April 1997. Sie plädiert für die Errichtung einer informellen, nicht-parteigebundenen "Anti-NATO-Erweiterungs"-Vereinigung der europäischen Parlamentarier.[12] Sie wurde von insgesamt 19 Abgeordneten unterzeichnet, darunter 12 Delegierten aus Rußland. Die Unterzeichner erkennen in der NATO-Osterweiterung eine neue Ursache für politische Spannungen und Konfrontationen, die es durch ein in Europa neu zu schaffendes, demokratisches Sicherheitssystem zu vermeiden gelte. Es sollte jedoch beachtet werden, daß das Mandat des Europarats sicherheitspolitische Fragen ausdrücklich ausschließt.

Beobachter stellen der russischen Delegation überwiegend positive Zeugnisse aus. Marjorie Farquharson, Mitarbeiterin der Abteilung für die Staaten in Osteuropa, konstatierte für das vergangene Jahr

---

10 Die russischen Mitglieder im Rechtsausschuß sind Aušev, Fedorov und Višjnajkov. Sie werden bei Abwesenheit von Ulbašev, Malcev und Kovalev vertreten.

11 Ernst Mühlemann, schweizerischer Nationalrat der Liberalen und Mitglied der schweizerischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, anläßlich des Seminars "Rußland vor der Jahrtausenwende" der liberalen Fraktion am 22. Juni 1997 in Straßburg.

12 Parliamentary Assembly/Council of Europe: Written Declaration No. 254 on the establishment of an informal non-partisan "NATO anti-enlargement" association of European parliamentarians, Doc. 7812, Strasbourg 1997.

eine"sehr aktive Beteiligung" der russischen Abgeordneten in der Versammlung.[13] Ernst Mühlemann hob

[13] Interview mit Marjorie Farquharson, Mitarbeiterin der Sektion für die Beziehungen zu den ost- und ostmitteleuropäischen Staaten des Europarats, am 28.4.1997 in Straßburg.

die hohe Disziplin der osteuropäischen Parlamentarier hervor.[14] Nach Meinung des Mitglieds des Rechtsausschusses, Rudolf Bindig, hielt sich die russische Delegation in den Ausschüssen im allgemeinen zurück und wies eine geringe Präsenz auf. In einem Interview mit der Autorin unterstrich er indessen die Bedeutung einiger russischer Abgeordneter wie Lukin und Kovalev und verwies auf ihren konsequenten Einsatz für die Menschenrechte und für die Entwicklung der politischen Kultur in Rußland.[15]

Ergebnisse

Auch nach der Aufnahme der Russischen Föderation in den Europarat blieb der Krieg in Tschetschenien ein wichtiges Thema in der Parlamentarischen Versammlung. Immer wieder wurde die fehlende Beachtung der bei der Aufnahme eingegangenen Verpflichtungen Rußlands angemahnt. Auch Parlamentarier der russischen Delegation unterstützten die Forderungen nach Einhaltung der demokratischen Grundsätze in ihrem Land. Ein weiteres wichtiges Thema war die Ausführung der Todesstrafe. Die russische Delegation scheint sich im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft in den Spielregeln des Europarats zurechtgefunden zu haben. Dafür sprechen die aktiven Beiträge in den Debatten wie auch die Beteiligung in den Ausschüssen und politischen Gruppen der Parlamentarischen Versammlung. Nicht alle Mitglieder der russischen Delegation können jedoch als Verfechter der Grundsätze des Europarats angesehen werden. Dazu sind auf alle Fälle mehrheitlich die Vertreter der LDPR und auch parteilose Abgeordnete wie Ruckoj zu rechnen. Auch das Einbringen sicherheitspolitischer Themen, die nicht im Mandat des Europarats verankert sind, durch hauptsächlich kommunistische Abgeordnete zeigt, daß die Funktion des Europarats nicht immer richtig verstanden wird.

Nicola A. Mögel

Die Verfasserin promoviert an der Universität Bremen. Diese Arbeit entstand im Rahmen ihrer zweimonatigen Hospitanz am Europarat im Frühjahr 1997.

Redaktion: Hans-Henning Schröder/Heinz Timmermann

[14] Ernst Mühlemann: "Mit der Aufnahme Russlands...", a.a.O., S. 16.

[15] Rudolf Bindig (SPD-MdB), Mitglied der deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, am 24.4.1997 in Straßburg.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: http://www.uni-koeln.de/extern/biost

ISSN 0945-4071

Verteilung der russischen Abgeordneten auf die politischen Gruppen der Parlamen-tarischen Versammlung des Europarats (Stand: Januar 1997)

Politische Gruppen	Zahl der Mit-glieder	Zahl russ. Mitglieder real/ in (%)	Namen der russischen **Abgeordneten** und Stellvertreter
Sozialistische Gruppe (SOC)	171	4 (2,4%)	Averčev, Vladimir (Jabloko) Dzasochov, Aleksandr (Volksmacht) Oorzhak, Šerig-ool (-) Sudarenkov, Valerij (-)
Gruppe der Europäischen Volkspartei (EPP/CD)	146	4 (2,7%)	**Beljaev**, Sergej (Unser Haus Rußland/UHR) Kuznecov, Boris (UHR) **Šarapov**, Vladimir (UHR) Ulbašev, Mucharbi (UHR)
Europäische Demokratische Gruppe (EDG)	93	1 (1,1%)	**Prusak**, Michail (-)
Liberale, demokratische und Reformergruppe (LDR)	90	5 (5,6%)	Šišlov, Aleksandr (Jabloko) **Aušev**, Mucharbek (Russ. Regionen) **Fedorov**, Nikolaj (-) **Kovalev**, Sergej (Unabhängige) **Lukin**, Vladimir (Jabloko)
Gruppe der Vereinigten Euro-päischen Linken (UEL)	35	11 (31,4%)	Bogomolov, Oleg (-) Filimonov, Vadim (KPRF) **Glotov**, Sergej (Volksmacht) **Charitonov**, Nikolaj (Agrarpartei) Kupcov, Valentin (KPRF) **Masljukov**, Ivan (KPRF) **Mel'nikov**, Ivan (KPRF) Olejnik, Ljubov (KPRF) Savickij, Oleg (Agrarpartei) Volodin, Nikolaj (-) **Zjuganov**, Gennadij (KPRF)
Abgeordnete ohne politische Gruppenzugehörigkeit	32	11 (34,4%)	Abdulatipov, Ramazan (Russ. Regionen) **Kostjutkin**, Vladimir (LDPR) **Lichačev**, Vasilij (-) **Malcev**, Boris (-) Ruckoj, Aleksandr (-) **Rjabov**, Aleksandr (-) **Sobjanin**, Sergej (-) Ustjugov, Valerij (-) Višnjakov, Viktor (LDPR) Žebrovskij, Stanislav (LDPR) **Žirinovskij**, Vladimir (LDPR)
	567	36 (6,3%)	

Quelle: Parliamentary Assembly/Council of Europe: Assembly List, Strasbourg 1997; eigene Berechnungen.